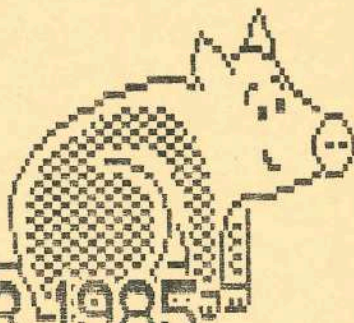
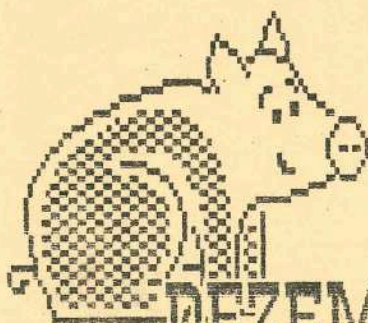
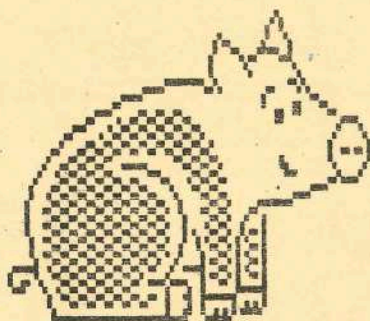


DIE ZEITSCHRIFT ERLANGER INFORMATIK-
STUDENTINNEN UND -STUDENTEN

OUTPUT

PRÄSENTIERT:

SCHWEINEREIEN !



DEZEMBER 1985

IMPRESSUM

"Output" wird herausgegeben von der FSI Informatik.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung
der Verfasser wieder, die nicht mit der der FSI
übereinstimmen muß.

Layout:

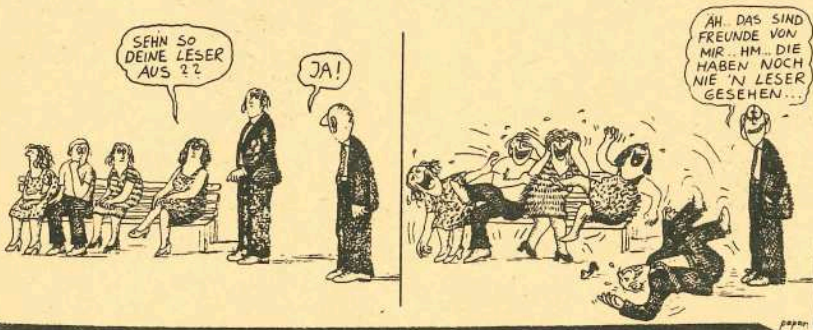
Birgit, Peter, Dirk
Jörg + Andrea

Auflage: 1300

Druck:

V.i.s.d.P: Andreas Schneider
Turustr. 7, Erlangen

Studentenstatistik	INHALT	3
Leserbrief: Studien- u. Diplomarbeiten für Inf. in der FT		5
Nachahmenswert: Ein Feedback-Bogen.....		7
Professor Hahn sitzt immer noch.....		8
Offener Brief 1: KuMi verbietet Zeitungsabonnement.....		12
Hochschulpolitischer Bericht.....		13
HRG-Folgen konkret: Beispiel Berlin.....		15
offener Brief 2: Verbot einer Veranstaltung an d. FH NÜ...		16
Universitäts-Friedensinitiative.....		17
Das Netzwerk.....		20
Das Letzte: Aus Wissenschaft und Forschung (Serie, teil2)		22
Einladung zur Feeeeeeeeeeeeete.....		24



Zahlen!

Zahlen!

Zahlen

Situation im Grundstudium

Stand : 28.11.85

Im Jahr	1984	1983	1982	1981
haben angefangen	531	416	297	246
davon sind jetzt noch da	424	304	188	159
im letzten Sem. haben aufgehört	53	18	10	12
bisherige Abbre- cherquote in %	20,1	26,9	36,7	35,4
Abbruchquote im Durchschnitt der letzten Jahre	18,0	26,5	35,0	39,7
Abbrecherquote ist um X% besser/schlechter	-11,8	- 1,5	- 5,0	+12,0

Situation im Hauptstudium

Zahlen!

Im Jahr	1980	1979	1977
haben angefangen	208	147	140
davon erreichten das 9.Semester	123	98	83
Abbrecherquote bis dahin in %	40,9	33,3	40,7
jetzige Sem.zahl	11	13	15
erfolgreich abge- schlossen haben höchstens abs in %	14 11,4	26 28,6	46 55,4
dieses Sem.haben sich rückgem. in %	88,6	71,4	44,6*
entspr. Durchschn. der früheren Jahre %	89,8	56,5	27,1

*Die Zahlen für das 15. Semester stimmen nur unter der Voraussetzung, daß es niemanden gibt, der noch im 17. Semester eingeschrieben ist. Die Statistik wird nur bis zum 13. Semester exakt geführt.

Zahlen!

Zahlen!

Zahlen!

Zahlen!

Zahlen!

DIE NEUESTE STATISTIK !!!!!

Ganz die endgültigen Zahlen sind es noch nicht, aber weil so viele schon so ungeduldig warten, habe ich mir jetzt doch schon mal die Arbeit mit den vorläufigen Zahlen gemacht. Viel wird sich aber hoffentlich nicht mehr ändern!

Auch diesmal ist das Ergebnis nicht gerade erfreulich, aber im Vergleich zum letzten Jahr ergeben sich vielleicht doch ein paar Lichtblicke!

Im 3.Semester sieht es erwartungsgemäß böse aus, über ein Fünftel hat bereits das Handtuch geworfen; angesichts der Audi-Max-Katastrophe auch kein Wunder! Trotzdem, letztes Jahr sah es im 3. Sem. ähnlich böse aus (19,2 % Abbrecher), jetzt im 5. Semester liegt dieser Jahrgang aber gar nicht mehr so schlecht. Die Abbrecherquote liegt jetzt fast auf dem Durchschnitt der letzten Jahre. Also nur nicht den Mut verlieren!

Auch das jetzige 7.Semester war schon übler dran, letztes Jahr lag die Abbrecherquote noch um satte 15 % über dem Durchschnitt! Die sind ihre Plage Beth aber auch mittlerweile los!

Dagegen hat das jetzige 9.Semester etwas an Vorsprung eingebüßt. Es stimmt allerdings nicht tatsächlich, daß 12 Leute im letzten Semester aufgehört hätten; ich kenne persönlich 4 Leute, die lediglich die Uni gewechselt haben. Im Vergleich zu den anderen ist dieses Semester ja immer noch sehr erfolgreich!

Auch aus dem jetzigen 11.Semester kommt ein Lichtstreif: seit langer Zeit ist hier erstmals wieder der Anteil der Leute gestiegen, die bereits fertig sind, wenn auch nur gering. Schwer abzuschätzen, ob der Trend anhält.

Eine mittlere Katastrophe scheint sich allerdings im 13. und im 15. Semester anzubahnen. Wird tatsächlich die neue Prüfungsordnung voll durchgezogen, so trifft es die von den 74 Leuten herb, die noch nicht Diplomarbeit schreiben. Mal sehen, ob sich dann mal jemand in der FSI blicken läßt; in den letzten 3 Jahren haben wir aus diesen Semestern kaum jemals einen gesehen!



Zahlen!

Zahlen

Zahlen!

Zahlen!

Zahlen!

*Ein
Leser - Brief*



Ergänzung zum Output-Artikel
"Wir haben eine neue Prüfungsordnung" S. 8/9
Ausgabe November 1985

Betreff: Studien- und Diplomarbeiten am Lehrstuhl für Fertigungsautomatisierung und Produktionssystematik (kurz PAPS) für Informatiker

Über die bestehende Fachprüfungsordnung Informatik hinaus sollen folgende Punkte informell als Ergänzung betrachtet werden.

1. Das Nebenfach Fertigungsautomatisierung ist für Informatiker voll anerkannt. Immer mehr Informatiker belegen dieses Nebenfach als sinnvolle und praxisorientierte Ergänzung zum Hauptfachstudium Informatik.
2. Der Lehrstuhl für Fertigungsautomatisierung und Produktionssystematik arbeitet im Rahmen großer Forschungsprojekte (z.B. PÄP) eng mit Informatiklehrstühlen zusammen.
Z.B.: - Lehrstuhl Betriebssysteme, Prof.Dr. Schmidt (Simulation)
- Lehrstuhl Datenbanksysteme, Prof.Dr. Wedekind
- Lehrstuhl Mustererkennung, Prof.Dr. Niemann
- Lehrstuhl Rechnerarchitektur und Verkehrstheorie, Prof.Dr. Herzog
- Forschungsgruppe IX, Prof.Dr. Seitzer
3. Aus dieser thematischen Zusammenarbeit ergeben sich qualifizierte Aufgabenstellungen (theoretischer und praktischer Art), deren Lösung sich für Informatiker im Rahmen von Studien- und Diplomarbeiten besonders anbietet.
4. Es ergeben sich auch zunehmend mehr Arbeitsthemen für Studien- und Diplomarbeiten, deren Bearbeitung und Ergebnisse sowohl für Forschungsarbeiten der Informatik als auch der Fertigungstechnik nahezu unentbehrlich sind. Dabei bietet sich die gemeinsame Betreuung durch Informatik- und Fertigungstechniklehrstühlen besonders an.
Dies wurde auch schon des öfteren zwischen dem Lehrstuhl für Fertigungsautomatisierung und einigen Informatiklehrstühlen mit Erfolg durchgeführt.

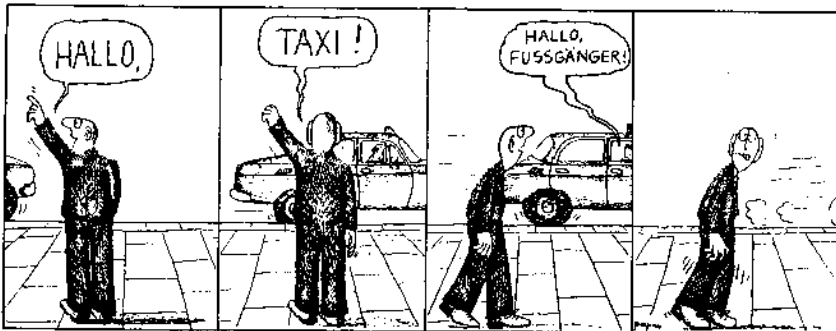
5. Fazit: Die 3. Änderungssatzung der Fachprüfungsordnung Informatik bezüglich der Regelung von Diplom- und Studienarbeiten sollte dazu genutzt werden, daß die Informatik und die Fertigungstechnik in Bezug auf gemeinsame Forschungsprojekte enger zusammenwachsen. Dazu gehört auch, daß Aufgabenstellungen der Fertigungsautomatisierung von Informatikstudenten in Form von Studien- bzw. Diplomarbeiten bearbeitet werden.

6. Kontaktadresse für Informatiker mit Interesse für Studien- und Diplomarbeiten:

Lehrstuhl für Fertigungsautomatisierung
und Produktionssystematik
Dipl.-Inf. Herbert Fischer
Haberstr. 2
8520 Erlangen
09131/858020

Klaus Feldmann *Herbert Fischer*

Angemerkt sei, daß der Student bei der Beantragung einer Studienarbeit in FA darauf achten muß, daß ihm keine Formfehler passieren.



» Nachahmenswert «

Diesen Fragebogen verteilt ein Dozent an der Tech-Fak regelmäßig an seine Hörer. Wir finden: Auch für unsere Prof's könnte die Meinung der Studenten/innen zu ihren Vorlesungen interessant und nützlich sein, oder nicht?

FEED BACK-BOGEN

Wahlpflichtvorlesung

CAD/CAM-Systeme in der Fertigungsautomatisierung

WS 85/86

Vorlesungsdatum:

Bewertungskriterien	Bewertungen				
Menge des Stoffes	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
	zu wenig		richtig		zu viel
Qualität des Stoffes	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
	trivial		richtig		viel zu theor.
Vortrag	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
	viel zu langsam		kann gut folgen		verstehe nichts
Konzept, 'roter Faden'	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>		
	konzeptionslos		sehe klares Konzept		
Qualität der Unterlagen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>		
	lausig	akzeptabel	sehr gut		
Geamturteil zur Vorlesung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>		
	bringt mir nichts		bringt mir sehr viel		

Anregungen/Bemerkungen:

Prof. Hahn sitzt immer noch auf seinem Lehrstuhl!



Erinnert Ihr Euch noch?

Am 20. Mai 1985 hielt Prof. Hahn, Inhaber des Lehrstuhls für "Besondere Betriebswirtschaftslehre" unserer Universität eine Gedenkvorlesung zu Ehren eines Generaloberst Löhr. Dieser Mann wurde 1947 als Kriegsverbrecher hingerichtet, er war Oberbefehlshaber für den Balkan während des 2. Weltkriegs.

Obwohl Hahn das Ganze als Lehrveranstaltung im Rahmen eines Diplomanden-seminars tarnte, waren gewöhnliche Studenten nicht zugelassen. Trotzdem gelang es, den Inhalt dieser Rede festzuhalten und die skandalösen Äußerungen an die Öffentlichkeit zu bringen. "Nürnberger Nachrichten", "Plärrer", "Süddeutsche Zeitung" und "TAZ" berichteten, um nur einige zu nennen.

Auch wir, die Fachschaftsinitiativen der Technischen Fakultät hielten das Thema für so wichtig, daß wir im Juli eine Vollversammlung zu diesem Thema durchführten. Wir verlasen wesentliche Teile des Vortrags und diskutierten ihn; es war unsere einhellige Meinung, daß Prof. Hahn untragbar sei und forderten ihn auf, seinen Lehrstuhl zu räumen.

Die SPD griff dieses Thema ebenfalls auf: sie stellte in der Fragestunde des Bayr. Landtags am 12.6.85 einige sehr unangenehme Fragen an Kultusminister Maier. Er redete sich darauf hinaus, daß er die Angelegenheit noch nicht überprüft hätte, und das, obwohl die Presse seit 3 Wochen darüber berichtete! In dieser Zeit hätte er sich ja wenigstens mal das Redemanuskript Hahn's kommen lassen können.

Die SPD stellte noch am gleichen Tag eine schriftliche Anfrage, die am 28. August 1985 schriftlich beantwortet wurde. Dieser Zeitpunkt war wirklich günstig gewählt, alles war in Ferien. Zu anderer Zeit hätte sich vielleicht auch die Bayr. Staatsregierung mit einer derart skandalösen Äußerung nicht an die Öffentlichkeit gewagt. Denn unser Kultusminister steht voll hinter Hahn!

Um was ging es im einzelnen?

Hahn wörtlich:

"Wenn a. Löhr der Tod von 3000 oder 17000 unschuldigen Zivilpersonen (Hervorhebungen von mir) durch den bombenangriff auf Belgrad vorgeworfen wird - die jugoslawische Anklage nennt die erste Zahl, Winston Churchill die zweite - dann muß man, meine Damen und Herren, diese Zahl, so schrecklich sie auch ist, vergleichen mit dem Vielfachen an Menschenleben, die bei der Ausführung des Hitlerbefehls "Strafgericht" den tod gefunden hätten. Im Gegensatz zu Dresden war das bei Belgrad ein Angriff auf eine weder vorbereitete noch gewarnte Stadt mit 1 Mio. Einwohnern. Für Generaloberst Löhr stand die Menschlichkeit im Mittelpunkt seiner Entscheidung, die er aber, ich möchte sagen, ökonomisch motiviert: "Es nutzt uns nur die Zerschlagung des Gegners!" Ich werde sicher von vielen Seiten Widerspruch ernten, wenn ich einen solchen Sachverhalt ökonomisiere, wie wir das als Betriebswirte halt nun mal müssen. Aber ich meine, meine Damen und Herren, daß der Welt sehr viel Schlimmes erspart worden wäre, wenn zahlreiche Aktionen ökonomisch durchdacht worden wären, denn dann hätte es weder antisemitische Maßnahmen im 3.Reich noch Konzentrationslager gegeben."

Wir haben dies auf unserer Vollversammlung kommentiert:

"Die Bombadierung einer Stadt ohne Kriegserklärung, ist das nicht völkerrechtswidrig?"

"Wiederholen wir: eine weder vorbereitete noch gewarnte Stadt zu bombardieren, ist eine menschliche Lat, denn es hätte statt Tausenden von unschuldigen Opfern unter der Zivilbevölkerung auch Hunderttausende geben können.

Und diese Menschlichkeit ist ökonomisch motiviert! Was meint er damit? Hat sich die Ermordung der restlichen Menschen in Belgrad, die Vernichtung der Juden in den Konzentrationslagern finanziell nicht gelohnt?

Muß also ein Betriebswirt einen Völkermord durchführen, wenn es eine ökonomische Begründung gibt?

Allein diese Äußerung sollte genügen, Prof. Hahn als untragbar im Dienst unseres Staates anzusehen!"



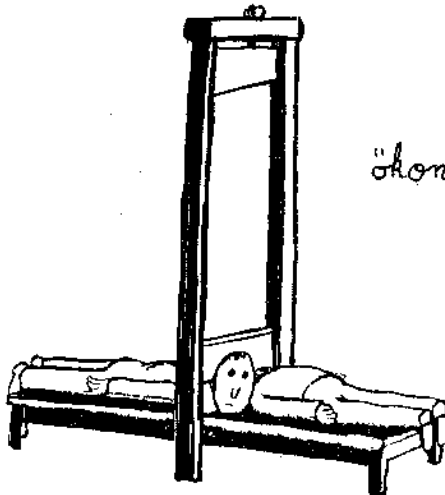
Die SPD griff dies mit folgenden Fragen auf:

1. Wie beurteilt die Staatsregierung die Aussage von Prof. Dr.H., Löhr habe den Befehl Hitlers vom 27. März 1941 "hervorragend interpretiert", indem er "ohne Kriegserklärung die Bombardierung Belgrads veranlaßt habe?
2. Wie beurteilt die Staatsregierung die Aussage, mit seiner Luftkriegsstrategie habe Löhr ein Beispiel für den ökonomischen Einsatz für Luftstreitkräfte gegeben, nach dem Motto: "Es nützt uns nur die Zerschlagung des Gegners"?
3. Wie beurteilt die Staatsregierung die Aussage von Prof. H. "Menschlichkeit stand im Mittelpunkt seiner Entscheidung, aber ökonomisch motiviert", angesichts der Tatsache, daß Löhr verantwortlich für umfangreiche Judentransporte in Griechenland war, die letztlich am Bestimmungsort Auschwitz endeten?

Und das meint Kultusminister Meier zu diesem Thema:

"Insgesamt läßt das Redemanuskript Professor Dr. Hahns erkennen, daß hier nach wissenschaftlichen Methoden recherchiert nach folgerichtigem Denken aufgebaut und vorgetragen und nach den Regeln der Logik Schlüsse gezogen und wissenschaftliche Bewertungen abgegeben wurden. Bei der Gedenkvorlesung handelt es sich somit um eine wissenschaftliche Veranstaltung, die den Schutz des Art. 5 GG genießt."

Mir drängt sich die sicher polemische Frage auf, wo dann der Schutz durch Art. 5 GG aufhört. Nach dieser Logik wäre es dann auch noch statthaft, auszurechnen, welche Randbedingungen geändert werden müssten, damit sich die Vernichtung der Juden gelohnt hätte. Eine derart brisante Frage auf die Weise des Herrn Meier zu diskutieren, erscheint mir derart unangemessen, daß ich ernste Schwierigkeiten habe, dieses Thema kühl und sachlich zu behandeln. Der geschichtliche Hintergrund dazu war ein Massenmord!



Die Bayr. Staatsregierung hat da keine Probleme, die Wissenschaft ist wertfrei, und so werden die Fragen der SPD pauschal wie folgt beantwortet:

"Die Staatsregierung beurteilt die in diesen Fragen wiedergegebenen Aussagen, wenn sie so gelaftet haben sollten, als wissenschaftliche Äußerungen, die - wie jede andere wissenschaftliche Verlautbarung auch - erst durch die wissenschaftliche Diskussion verifiziert oder falsifiziert werden müssen. Die Staatsregierung sieht es nicht als ihre Aufgabe an, in diesen Diskurs einzugreifen, zumal ein Teil des Materials noch in den Archiven lagert, zwar Einzel Forschern zugänglich gemacht wird, aber nicht generell veröffentlicht ist."

Und dann bringt Maier genau das gleiche Zitat von Hahn wie auch wir in diesem Artikel und wertet dies als Beleg dafür, daß der ganze Fall "tendenziös zugespitzt" wurde. Er stellt sich damit also inhaltlich hinter diese Aussage! Daß Hahn mit folgendem Satz nichts anderes als Treue zu Göring gefordert hat, scheint gar niemandem aufgefallen zu sein:

"Die Treue nach oben ist eine Tugend, die bei vielen zeitlich begrenzt ist, das wäre das Dritte in unserer Würdigung. Ich denke nur an das Verhalten von Bruno Lörzer gegenüber seinem Förderer Hermann Göring im April 1945."

Ich finde, nicht nur Hahn ist als Professor untragbar, die Äußerungen Maiers machen ihn als Kultusminister genauso unmöglich. Haben wir uns schon derart an Bayerische Verhältnisse gewöhnt, daß

- niemand den Rücktritt des Kultusministers fordert?
- die Presse den Fall nicht mehr aufgreift, weil "sich nichts Neues ergeben hat". Die reaktionäre Haltung unserer Staatsregierung ist in der Tat nichts Neues.
- die SPD diesen Fall nicht weiter in die öffentliche Diskussion trägt. Ich kenne keine Reaktion auf die skandalöse Antwort Maiers.
- an unserer Uni außer uns und der WISO keine Fachschaft dieses Thema aufgegriffen hat

Haben alle Angst vor einer Strafverfolgung, nur weil dieser Herr Hahn auch noch die Unverschämtheit besessen hat, auf die öffentliche Diskussion seiner wirren Thesen mit einer Strafanzeige wegen übler Nachrede zu antworten? Sollte es deshalb wirklich zu einer Strafe kommen, bräuchte sich gewiß nicht der Bestrafte zu schämen!

Die Zitate sind entnommen aus

- 1) Originalmanuskript von Prof. Hahn, das dieser der "Süddeutschen Zeitung" zugeschickt hat.
- 2) Schriftliche Anfrage des SPD-Abgeordneten Rolf Langenberger vom 12.6.85 an den Präsidenten des Bayerischen Landtags
- 3) Antwort des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus auf diese Anfrage vom 28.8.85

Kopien dieser Schriftstücke sowie

- 4) Plenarprotokoll 10/80 v. 12.6.85 des Bayerischen Landtags, in dem Teilen die den Fall Hahn betreffen

liegen im Fachsaalzimmer Informatik zur Einsicht aus.

11

KUMI VERBIETET ZEITUNGSABONNEMENT

OFFENER BRIEF

Mit Schreiben vom 11.10.85 forderte der Kanzler der FAU Erlangen, Herr Köhler, die Studentenvertretung auf, "das Abonnement der Zeitschrift UZ zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu kündigen". Er folgte damit einer Weisung des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus. Begründet wurde die Aufforderung damit, "daß es sich bei der UZ um das Zentralorgan der Deutschen Kommunistischen Partei handelt," und damit "ein Zusammenhang mit den in Art. 58 Abs. 4 genannten Aufgaben nicht erkennbar ist".

Selbst bei Berufung auf Art. 58 Abs. 4 Satz 1, BHG, wo von der "Vertretung der fachlichen, wirtschaftlichen und sozialen Belange der Studenten" die Rede ist, ist eine umfassende Information notwendig und unerlässlich.

Wir betrachten diesen Angriff auf unsere Informationsfreiheit als weit über das BHG hinausgehend, welches uns durch das Fehlen einer Verankerung des politischen Mandats, eine wirklich sinnvolle Interessensvertretung der Studentinnen und Studenten sowieso schon unmöglich macht.

Wir wehren uns gegen den Versuch, uns nur einseitige Informationen zukommen zu lassen (der Bayern Kurier, "das Zentralorgan der Christlich Sozialen Union", wird der Studentenvertretung in mehrfacher Ausgabe unentgeltlich zugeschickt).

Wir fordern alle demokratischen Kräfte auf, diesen offenen Brief zu unterstützen, um eine Zurücknahme des Eingriffs auf unser Grundrecht auf Informationsfreiheit zu bewirken.

Dieser offene Brief
wird von der FSI Informatik
unterstützt.

Hochschulpolitischer Bericht

Rechtzeitig vor der Behandlung der Hochschulrahmengesetz-Novelle (HRG) hat Bundesbildungsministerin Wilms im Bundestag einen Kabinettsbeschuß zur weiteren Hochschulpolitik des Bundes herbeigeführt. Nachdem es zu Semesterende (SS85) bis in die FDP und die Westdeutsche Rektorenkonferenz hinein Differenzen in der Frage des Zweiklassenstudiums gegeben hat, wollte sich Wilms wohl einerseits vor der endgültigen Beschlußfassung über das HRG durch diesen Kabinettsbeschuß nochmals absichern, andererseits die Industrie nochmals auffordern, ihren Kurs zu unterstützen.

In mehrfacher Hinsicht ist dieser "Wilms-Bericht" bedeutsam:

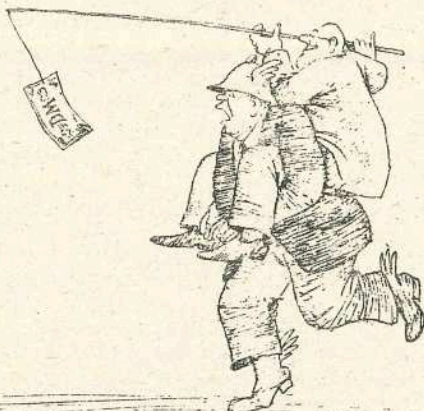
1. Er gibt zum ersten Mal seit 15 Jahren ein Gesamtkonzept mit detaillierten Zielen und Maßnahmen für die Hochschulentwicklung preis.
2. Er reicht weit über die Legislaturperiode hinaus.
3. Er ist der erste hochschulpolitische Bericht, in dem nicht 1 Wort über Bildungsziele und Bildungsinhalte selbst fällt.

Hier ein Überblick:

- Der Hochschulausbau wird endgültig auf 850 000 Studienplätze begrenzt, trotz wachsender Studentenzahlen bis Mitte der 90er Jahre. (Seite 5)
- Endgültig wird die Gesamthochschulen als Integrationsziel ~~geplant~~, die Trennung in FH-Kurz-Studium und eine längere Uni-Ausbildung zum erstrebten Dauerzustand erhoben. (Seite 22-25)
- Kernelement der "Differenzierung" bleibt das Zwei-Klassenstudium: einen Schwerpunkt nehmen die Sonderstudiengänge ein. Sie sollen forciert eingerichtet werden, vor allem in für die Wirtschaft interessanten Bereichen wie Informatik (Seite 41). Hochschul-Eignungs-Prüfungen sollen vorgesehen werden, wobei Aufnahmekriterium nicht nur die allgemeine Studierfähigkeit ist, sondern nur "wissenschaftlich besonders befähigte Bewerber" die Prüfung bestehen sollen (Seite 44). Bis zum Frühjahr 1990 soll dazu ein Zwischenbericht erfolgen (Seite 45).



- Die Umstellung des Bafög auf Vollkreditdarlehen wird für die Zukunft festgeschrieben (Seite 62). Über den Darlehensteilerlaß drückt der Bericht Nachdenklichkeit über die Wirksamkeit dieses Mittels aus. Doch eine andere Möglichkeit zur Realisierung von mehr Konkurrenz "ist nicht erkennbar".



- Für die Weiterbildung sollen Studiengebühren, die kostendeckend sein sollen, eingeführt werden (Seite 39).
- Die Finanzierung von Forschung und Lehre soll nach regionalen Wirtschaftsschwerpunkten vorgenommen werden (Seite 30). Mit gezielten Programmen, so einem Computer-Investitionsprogramm von 250 Millionen DM und Maßnahmen zur Großgerätebeschaffung soll die Hochschulstruktur regionalen Erfordernissen der Wirtschaft angepaßt werden.



- Die Verwaltung der Mittel für die Drittmittelforschung kann außerhalb der Hochschulen stattfinden (Seite 53). Die Betriebe dürfen über die Einrichtungen der Hochschule befinden, der Projektleiter hat das Einstellungsrecht von allen Mitarbeitern nach seinen Vorstellungen. (Seite 52)
- Die Privathochschulen werden durch private Forschungsinstitute und Stiftungslehrstühle an öffentlichen Hochschulen ergänzt (Seite 28).



Dieser Überblick erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Wer den ganzen Bericht sich mal reinziehen will, er liegt im FSI-Zimmer aus. Eines wird aber auch so schon deutlich: Die Rechtsregierung will das Zweiklassenstudium und den Ausverkauf der Hochschulen an die Wirtschaft verstärkt fortführen. Es gilt gerade jetzt nach der Novellierung des Hochschulrahmengesetzes wachsam zu bleiben, und auch an unserem Fachbereich die Umsetzung des HRG und dieses Berichts zu verhindern!

ERSTE ANPASSUNG

AN DIE HRG-NOVELLE:

DAS BERLINER LANDESGESETZ

Nur drei Wochen seit Verabschiedung der HRG-Novelle hat es also gedauert, bis ein Entwurf zum Landeshochschulgesetz aus der Schublade gezogen wurde. In Westberlin legte Wissenschaftssenator Kewenig seine Vorstellungen dar, die die schlimmsten Befürchtungen von Studentinnen und Studenten noch um einiges übertreffen.

Was beinhaltet dieser Entwurf?

1. Einführung von Sonderstudiengängen und Steilkursen
§18 Abs 5 erlaubt Sonderstudiengänge für alle Studiengänge mit der Möglichkeit zu "zusätzlichen Eignungsfeststellungen" neben der Hochschulzugangsberechtigung.
§20 Abs2 ermöglicht die rechtliche Handhabe für Sonderlehrveranstaltungen und Steilkurse.
§36 soll gestrichen werden, dieser schreibt die Veröffentlichung von Lehrveranstaltungen im Vorlesungsverzeichnis vor.
2. Verschärfung der Zwischenprüfungsregelungen
§37 und §44 schreiben neben allen staatlichen Studiengängen sogar für sechssemestrige FH-Studiengänge verbindlich Zwischenprüfungen vor.
3. Kurzstudiengänge und Zwangsexmatrikulation
§28 beschränkt die Regelstudienzeit für alle Studiengänge auf acht Semester, für die FHs auf sechs Semester. §19 Abs1 sieht bei Überschreiten der Regelstudienzeit um sechs Semester die Zwangsexmatrikulation vor.
4. Einführung von Studiengebühren
§2 Abs6 erlaubt Studiengebühren für Lehrveranstaltungen, Praktika und sogar für die Rückmeldung
5. Aufhebung der Sicherstellung des Lehrangebots
§32 beinhaltet die Pflicht der Hochschulen, "das Lehrangebot sicher (zu stellen), das zur Einhaltung der Studienordnungen erforderlich ist."
Dieser §32 soll ersatzlos gestrichen werden!
6. Abschaffung der Verfaßten Studentenschaft
Alle sechs Semester muß die absolute Mehrheit der eingeschriebenen Studenten und Studentinnen in einer Urabstimmung für die Verfaßte Studentenschaft stimmen, ansonsten gilt sie als abgeschafft.
Weiter sollen die Fachschaften aufgelöst und die Finanzhoheit abgeschafft werden.

Letzte Meldung aus Berlin.
Das höchste Selbstverwaltungsgremium der Freien Uni Berlin, der Senat, hat bei nur einer Gegenstimme den Entwurf des Berliner Hochschulgesetzes abgelehnt.
Alle Gremien der Hochschulen in anderen Städten können dies auch. Laßt uns den Druck erhöhen!

OFFENER BRIEF

an den Präsidenten der Georg - Simon - Ohm - Fachhochschule Nürnberg

Am 7. November zogen Sie die Genehmigung für eine Veranstaltung mit dem Titel "Frieden mit der Bundeswehr?" zurück.

Für diese Veranstaltung war der Film 'Unternehmen Teutonenschwert' angekündigt, der die Karriere des Hitlergenerals Dr. Speidel, die unter seinem Befehl stattgefundenen Kriegsverbrechen in Frankreich, Polen und der Sowjetunion zeigt. Speidel begann seine Nachkriegskarriere mit dem Auftrag Adenauers zum Aufbau einer neuen Armee, der heutigen Bundeswehr.

Weiterhin war für diese Veranstaltung ein Soldat eingeladen, der in der Bundeswehr antimilitaristische Aufklärung unter seinen Kameraden betrieben hat.

"...Politische Bildung und Information liegt zwar innerhalb dieses Aufgabenbereichs (der Studentenschaft an den Hochschulen, d. Verf.), eine politisch ausgerichtete Veranstaltung, die sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung i.S. des Grundgesetzes richtet, ist dagegen rechtswidrig."

"Inhalt und Diktion des Flugblattes geben eindeutig eine Beschreibung der geplanten Veranstaltung. Danach bestand die konkrete Gefahr, daß die Veranstaltung als Agitation gegen die verfassungsmaßige freiheitlich-demokratische Grundordnung i.S. des Art. 20 Grundgesetz, nämlich als konkreter Angriff auf Art. 87a des Grundgesetzes, durchgeführt werden sollte."

(Aus der schriftlichen Verbotsbegründung von Dr. Stahl)

Verboten wurde damit ein Film (Unternehmen Teutonenschwert), der die Rolle von Nazi-Offizieren beim Aufbau der Bundeswehr zeigt.

Verboten wurde damit jegliche Aufklärung über die Bundeswehr als Armee, die auch für den Notstand, den Krieg gegen den 'inneren' Feind probt.

(vgl. Frankfurter Rundschau, 14.2.1973)

Verboten wurde damit, überhaupt Kritik an den Notstandsgesetzen zu üben; die 1968 gegen den breiten Protest der Gewerkschaften und der demokratischen Studentenbewegung verabschiedet wurden.

"Bei Durchführung der Veranstaltung bestand ferner die Gefahr, daß Sie oder andere Teilnehmer eine Straftat gem. §90a Strafgesetzbuch begehen würden. Der Widerruf meiner Genehmigung verfolgte damit auch den Zweck der Verhinderung einer Straftat."

Mit dem Verdacht auf eine Straftat kann jede Veranstaltung, jede Demonstration, jede Versammlung verboten werden.

So werden Demokraten und Antimilitaristen kriminalisiert.

Die letzte Konsequenz von dieser Einstellung ist Beugehaft für Andersdenkende

"Der Frage, ob Sie sich bereits durch Verbreiten des Flugblattes strafbar gemacht haben, will ich hier nicht nachgehen."

Der Wink mit dem Staatsanwalt für die presserechtlich Verantwortliche Susanne André ist eindeutig. Wer so mit der Meinung des Andersdenkenden umgeht, der will nicht die Hochschule zum Ort der geistigen Auseinandersetzung machen, sondern der will ein Klima der Einschüchterung erzeugen, der will kritiklose Absolventen aus der Fachhochschule entlassen.

Aus der Geschichte wissen wir, wohin das Klima der Friedhofsruhe führt.

Bereits einmal wurden in diesem Land mißliebige Meinungen aus den Hörsälen und fortschrittliche Schriften aus den Bibliotheken verbannt, wurden die Bücher der Gegner des Faschismus durch Corps, nationalsozialistische Studenten und Professoren verbrannt.

Nie wieder darf es zu einer Gleichschaltung der Hochschulen kommen.

Wir wenden uns gegen die Unterdrückung kritischer und fortschrittlicher Meinungen an den Hochschulen, gegen den Versuch der Einschüchterung und Kriminalisierung demokratischer Studenten.

Studentenparlament der Georg-Simon-Ohm-Fachhochschule, Nürnberg:

Fachschaft Maschinenbau, Fachschaft Nachrichtentechnik/Feldwerktechnik, Fachschaft Sozialwesen,

Dr. Dr. Meyer-Holz, Fachbereich Sozialwesen: (alle FH Nürnberg)

FBI Informatik, FBI Psychologie, FBI Physik, Arbeitsgemeinschaft Technik; Uni-Friedensinitiative (alle Universität Erlangen-Nürnberg)

ASTA Universität Düsseldorf, ASTA Universität Bremen, ASTA Universität Oldenburg, ASTA Universität

Göttingen, ASTA der Evangelischen FH Darmstadt, Studentenparlament der PH Reutlingen;

GEW Kreisvorstand Erlangen, Hannes Ströhmlein, Geschäftsführer im Bezirksverband Mittelfranken der GEW Prof. Dr. jur. Norman Paech, Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hamburg, Vorsitzender der 'Vereinigung Demokratischer Juristen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) a.V.;

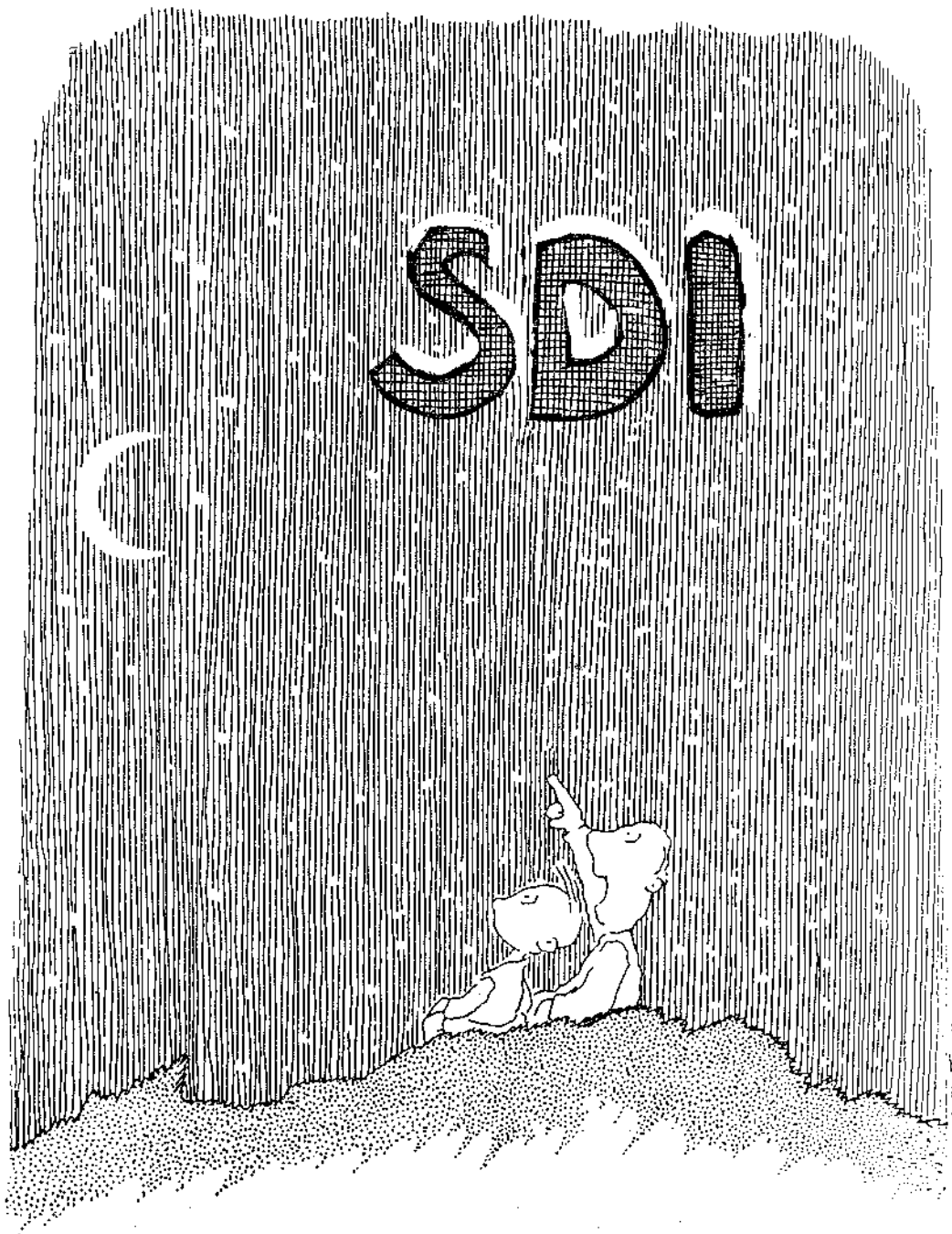
Prof. Dr. jur. Gerhard Stuby, Universität Bremen

Dr. Mainz Dix, Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht, Frankfurt/M.,

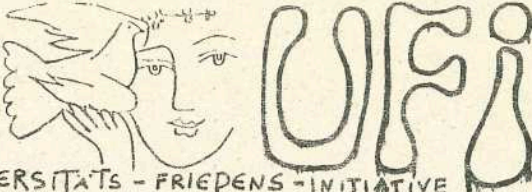
Dr. Theo Raschorn, Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht i.R., Frankfurt/M.;

Gerd Pieper-Sieben, Rechtsanwalt, Fürth

(Angaben der Funktion dienen nur der Information)



"Sieh mal! Dein Sternkreiszeichen liegt genau zwischen den vielen
Killersatelliten und der linken Laser-Kampf-Station!"



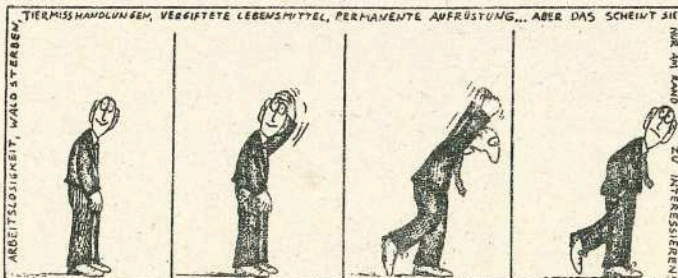
UNIVERSITÄTS - FRIEDENS - INITIATIVE

Seit mehreren Jahren ist eine ständig zunehmende Militarisierung der Wissenschaft zu beobachten. So stiegen von 1984/85 die militärischen Forschungsaufwendungen im Bundeshaushalt um 29.3%. Beteiligt sich die Bundesregierung an "SDI", dann werden 1990 52% aller Forschungsausgaben für die Weltraumrüstung mißbraucht.

Da die Bundesregierung die Finanzmisere der Hochschulen aufrecht erhält, sind die Hochschulen in Zukunft verstärkt auf Drittmittel angewiesen. Und das neue Hochschulrahmengesetz öffnet der unkontrollierten Drittmittelforschung, d.h. auch der militärischen, Tür und Tor.

Schon jetzt werden immer wieder neue Skandale von Rüstungsforschung in den Hochschulen bekannt. Vor Jahren die Giftgasforschung an der Universität Göttingen, in jüngster Zeit der Skandal um die gentechnische Erzeugung von U-Waffen an der Tierärztlichen Hochschule Hannover. Auch an der FA-Universität Erlangen-Nürnberg gab es bereits den Versuch, ein Institut in die "SDI"-Forschung einzubeziehen. Dem Physikalischen Institut wurde über eine US-amerikanische Hochschule angeboten, ein Projekt zu übernehmen, das mit "SDI"-Geldern finanziert werden sollte. Dies wurde aber vom Institut und der Mehrzahl der Mitarbeiter abgelehnt.

Angesichts dieser Tatsachen gründete sich auch an der FAU eine Friedensinitiative (UFI), um zu einer humanisierung der Wissenschaften aufzufordern. Daher unterstützen wir den Appel der Naturwissenschaftler-Initiative an die Bundesregierung, sich auch gegen die SDI-Aufrüstung zu wenden.



SIE FORDERN DIE BUNDESREGIERUNG AUF,

*sich nicht an der Erforschung, Entwicklung, Erprobung und Stationierung von Weltraumwaffen zu beteiligen,

*sich dafür einzusetzen, daß bestehende Rüstungskontrollverträge eingehalten werden,

*ihren internationalen Einfluß geltend zu machen, damit die bewaffnete Nutzung des Weltraums durch vertragliche Regelungen verhindert wird.

Außerdem fordern wir den Senat, die Institute, alle Wissenschaftler/innen, Hochschulangehörige, Student/inn/en auf, keine SDI-Forschung zuzulassen.

Für diese Forderung werden im Moment Unterschriften gesammelt. Weiterhin planen wir eine Friedenszeitung herauszugeben, in der die Problematik des Friedens von allen Seiten (z.B. technisch, politisch, kulturell) behandelt werden soll.

Am Mittwoch, 18.12.85, findet um 19.00 Uhr im Kollegienhaus eine Tonbildschau mit anschließender Diskussion statt. Thema: "Damit der Himmel nicht zum Vorhof zur Hölle wird".

Mitarbeiter und Friedenswillige von Seiten der Studenten, Dozenten und Beschäftigten der Universität sind willkommen. Die Universitäts-Friedens-Initiative trifft sich 14-tägig, montags um 20.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstr. 7. Nächster Termin am 16. Dezember; dort wollen wir auch die Strategie der bundesweiten Friedensbewegung diskutieren.



DAS NETZWERK

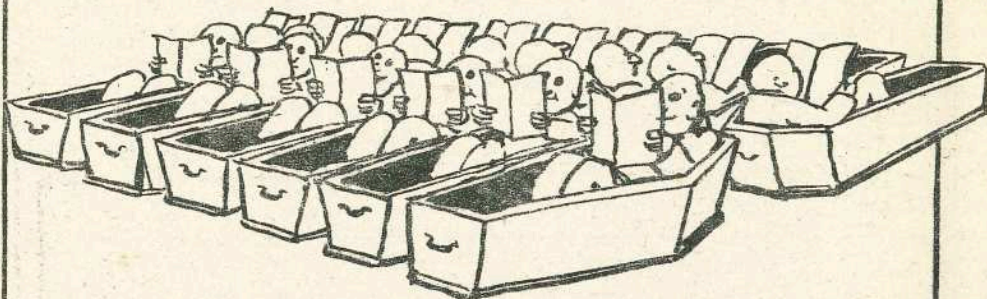
Versuch einer Analyse

Mit der öffentlichen Diskussion um die amerikanische SDI ist ein Punkt der Militärstrategie der USA in den Vordergrund gerückt, der es wert ist, näher beleuchtet zu werden:

Der gezielte Einsatz aktueller, neuester Forschungsergebnisse für militärische Bereiche. Dabei geht es nicht nur um die Verwendung bereits vorhandener Forschungsergebnisse, sondern auch um die Einrichtung neuer Forschungsaufträge für militärische Anwendungen.

Dieses Ziel ist, wie man bei den SDI-Projekten sieht, so hoch gesteckt, daß schon in der Grundlagenforschung eine gezielte Ausrichtung auf die Militäranwendung notwendig ist.

Dementsprechend vergibt die DARPA regelmäßig aus ihrem Etat Forschungsprojekte; z. Z. insbesondere im Rahmen der STRATEGIC COMPUTING INITIATIVE (SCI). Hierbei geht es, kurz ausgedrückt, um die Nutzung der KI-Forschung für das Militär.



Wie schon erwähnt, ist die SDI dabei nur ein Teil einer großen Strategie.

Schon 1958 wurde die DEFENSE ADVANCED RESEARCH PROJECTS AGENCY (DARPA) vom US-Verteidigungsministerium gegründet, um die mögliche militärische Bedeutung technologischer Entwicklungen frühzeitig zu erkennen. Dabei geht es den USA im wesentlichen darum, einen Stand in der Technologie - heute vor allem in der Computertechnologie - zu erhalten, der den aller anderen Länder übertrifft.

Da die Grundlagen aus den verschiedensten Bereichen geliefert werden müssen (Halbleiterbau, Rechnerarchitektur, etc.) ist für die effektive Durchführung einer so zielgerichteten Forschung, wie sie es hier ist, eine US-weite Forschungsinfrastruktur von noch nie dagewesener Komplexität nötig, die die verschiedenen Einrichtungen miteinander fest vernetzt. Dabei beschränkt sich dieses Netzwerk nicht nur auf die Forschungsstätten, sondern erstreckt sich auch auf Hersteller- und Zulieferindustrien, sowie die militärischen Kontaktstellen.

Diese Integration und Zusammenschaltung aller Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen der amerikanischen Informatik in den Militär-Industriekomplex wird ein entscheidender Grundstein für das Erreichen des o.a. Zieles sein.

Noch sind dies US-spezifische Strukturen. Es wird zwar auch hier bei uns für das Militär bzw. in Hinblick auf militärische Anwendungen geforscht, doch sicher nicht in dem Maß, wie es z.B. eine SCI verlangt.

Mit einer deutschen Beteiligung an SDI muß sich das zwangsläufig ändern!

Und die Bestrebungen dazu sind im vollsten Gange:

- im Forschungsbereich Optik des Erlanger Physik Instituts sind schon Angebote für eine Unterstützung durch SDI-Mittel eingegangen
- In Niedersachsen wird mit Unterstützung der Kraftwerkunion und des Landes ein riesiges Forschungszentrum entstehen

- die CSU drängt auf eine offizielle Beteiligung an SDI.

Es tut sich was.

Aber: In der Physik hat sich eine Forschungsgruppe geweigert, o.a. Gelder anzunehmen.

Noch ist soetwas ein symbolischer Akt.

Aber wenn sich genügend Leute verweigern, können wir vielleicht verhindern, daß wir zu Handlangern des Militärs werden, daß der universitäre Forschungsbetrieb einseitig von außen beeinflusst wird.

(Detailliertere Informationen finden sich in dem Buch "Militarisierte Informatik", herausgegeben vom FIFF, das auch mir als Grundlage zu diesem Artikel diente. Es ist bei der FSI erhältlich und kostet 13,- DM.)



Abt. Wissenschaft und Forschung
Zweiter Teil der Fortsetzungsreihe des unten angeführten
Klassikers *)

Was steht da noch? (Gemurmel) Iss natürlich wichtig!

Ich versuch` Ihnen das einzuhämmern. Bin Diplom-Hämmere
hier.

Frage aus dem Auditorium: Könnten`S bitte die hinteren Lam-
pen einschalten?

(steht vor etlichen Schaltern)

Herr, was soll ich tun?

(findet nach kurzem Probieren die richtige Kombination)

Seh`n Sie, das ist nur eine Frage der Intelligenz. -
(schimpft über IQ-Tests)

Hier seh`n Sie das erste Mal, daß man Mengenlehre praktisch
anwenden kann.

Cursor positionieren mit "joystick" und "Maus":
Statt ins Röhrchen blasen müssen die Leute bei der Polizei
dann Cursor positionieren. - Dann seh ich alt aus. - Dann
geb` ich meinen Führerschein a priori ab. - Dabei war ich
früher mal ein guter Fußballtorwart.

Auskunfteien: Datenbank ist `ne Sucht. Die Leute sind ab-
hängig davon. Wenn man`s denen entzieht, sind `se futsch.

Wo hab` ich das her? Das sieht so abgeschrieben aus!

Da menscheit es noch so schön...

Beginnt am Rosenmontag die Vorleseung: Ich werd` `ne Büt-
tenrede halten ...

Ich hab` mal ein Programm in PL/I geschrieben. Ich bin be-
dient. Ich hab` keine Lust, mich dauernd zu ärgern. -
Dann beschloß ich, Politiker zu werden.

ADA gibt`s noch nicht, aber ADA/R schon.

Wenn Sie MODULA programmieren, werden Sie zunehmend
jauchzen, frohlocken ...

Wenn Sie wüßten, wie Programmiersprachen entstehen ...
Da sind die ein Wochenende in die Rocky Mountains gefahren
und haben PL/I gemacht. -
Die entstehen nach Appetit, Geruch und Geschmack.
PL/I ist bestimmt nach Geruch und Geschmack entstanden.

Das hab` ich schon allen meinen Familienmitgliedern mit ge-
teilt: wenn`s MODULA auf Personalcomputern gibt, kauf` ich
mir auch einen. Dann spiel` ich nur noch `rum.
Dann werd` ich zum homo ludens.

Die Datenbankleute sind immer irgendwie schizophren.

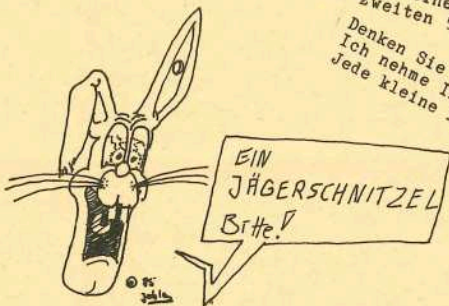
Versteh`n Sie, was ich hier mach`.

...und hier hammwer die Mikros, PC und das ganze Gerassel.

*)Wedekind, Hartmut: Meine tausend dümmsten Sprüche.
Ein Leidfaden. Springer Hochschultexte.
München-NewYork-Tokio 1985. DM 68.80 (Angaben ohne Gewähr)

Wenn ich so "reingucke, gähnt mindestens immer einer.
(eine viertel Stunde später, eine Pause ankündigend)
5 Minuten! Dann gähnen Sie nicht mehr!

Besprechung einer Übungsaufgabe:
... den zweiten Teil versteh' ich nicht.
Denken Sie an credit-cards.
Ich nehme Ihnen jetzt das ganze Bargeld weg ...
Jede kleine Linsensuppe ist "ne große Transaktion.



Die Engländer haben da immer so schöne Namen. Hotchpotch
iss Durcheinander und hanky-panky iss Techtelmechtel.

Die Welt besteht aus lauter Kleckerei.

wie der ..., wie das ..., wie der..., wie die ...

Jetzt schmeiß' ich das ganze Ding weg! Schlimm! -
Man tut sich selber leid!

Snapshot-refreshing: Ich nehm' den englischen Ausdruck, der
klingt so erfrischend.

Wir beginnen im Chaos. Und dann verbieten wir schrittweise.
Am Schluß ist alles verboten, und dann sind wir im Himmel.
Hier hamn wir die angenehme Gesellschaft und dort das ange-
nehme Klima. Und was bevorzugen Sie? Das Chaos!

Liebende und Diebe versuchen Geheim zu halten, was sie
Geheim halten wollen.

Zur Ethik:
Wie kann man überhaupt sündigen, wenn man überhaupt nicht
sündigen kann?

"to lose" hat das zweite o verloren, "to choose" hat das
zweite o erkoren.

Die Engländer wenn was mit der Eisenbahn fahren, ver-
schiffen sie's.
Dem können wir nichts abgewinnen, dem verschiffen.



Eilt sehr!

Eilt sehr!

Die Fete

nicht nur für Informatiker

geplant, gemacht und mitgefeiert
von der FSI Informatik

Dienstag 17.12.85 20⁰⁰

E-Werk Mehrzweckbereich

Kostenbeitrag: DM 1,50

Übrigens: Es gibt noch Exemplare vom November Output
im FSI-Zimmer im blauen Hochhaus!